

## **Situation in der Wohnungslosenhilfe / EU-Zuwanderung**

Mit dem neuen Unterbringungskonzept für wohnungslose Familien wurde der Standort an der Trauttmansdorffstraße am 28.02.2019 geschlossen und die Menschen wurden in den neuen dezentralen Unterkünften untergebracht. Im Zeitraum vom 01.07.2018 bis zum 30.04.2019 haben bereits 108 Personen, davon allein 58 seit Anfang dieses Jahres, die Einrichtungen für wohnungslose Familien wieder verlassen. Alle konnten auf dem regulären Wohnungsmarkt Fuß fassen oder haben die Einrichtungen mit unbekanntem Ziel verlassen. In Relation zu den aktuell zur Verfügung stehenden 230 Plätzen entspricht dies 47 % der Einrichtungsplätze, während es in der Zeit davor keine nennenswerte Fluktuation in den städtischen Wohnungsloseneinrichtungen gab.

Vor Eröffnung der neuen Standorte für wohnungslose Familien äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Bedenken, Sorgen und Ängste. Bis heute kann festgehalten werden, dass es bei den aktiven Standorten zu keinen nennenswerten Beschwerden kam. Alle bisherigen Probleme konnten direkt vor Ort zwischen Anwohnenden und Einrichtungsleitung gelöst werden.

Leider wird die konsequente Umsetzung des neuen Konzepts durch aktuelle Entwicklungen deutlich erschwert.

In den Einrichtungen für wohnungslose Familien mussten seit dem 01.07.2018 insgesamt 159 Personen neu untergebracht werden. Dies entspricht einem Schnitt von ca. 16 Personen pro Monat. Die Einrichtungen für Familien sind derzeit voll belegt. Zu Beginn des Jahres 2019 war der Zuwachs besonders groß. Im Januar und Februar waren durchschnittlich 36 Personen pro Monat neu aufzunehmen. Seit Jahresbeginn mussten bereits 33 Personen, darunter 8 Einzelpersonen, zur Vermeidung von Obdachlosigkeit temporär in Hotels untergebracht werden.

Bei den neu aufgenommenen Personen handelt es sich in 49 % der Fälle um Bürgerinnen und Bürgern osteuropäischer Staaten. Aktuell stammen ca. 73 % aller Bewohnerinnen und Bewohner der städtischen Wohnungsloseneinrichtungen für Familien aus Osteuropa oder aus den Balkanstaaten.

Der weit überwiegende Teil der Menschen aus diesen europäischen Gebieten, auch der seit dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens zuwandernden Menschen, ist gut in die hiesige Gesellschaft integriert. Gleichzeitig gibt es vor Ort aber einen kleineren Teil von Zuwanderern und Zuwanderinnen, die erhebliche Schwierigkeiten mit der Integration haben, wodurch deutlich wahrzunehmende Probleme entstanden sind.

Mit Umsetzung des neuen Konzepts und der Erhöhung der Präsenz in der Trauttmansdorffstraße wurden Personen identifiziert, die mutmaßlich Prostitution organisierten und Gewaltvorfälle verursachten, bei denen wiederholt die Polizei eingeschaltet werden musste. Ferner gab es massive Konflikte mit anderen untergebrachten Familien und die geltende Hausordnung wurde regelmäßig missachtet. Zunehmend wurde delinquentes Verhalten festgestellt.

Mit Schließung der Trauttmansdorffstraße wurden die Strukturen einiger großer Familien aufgebrochen, ein als schwierig zu bezeichnender Teil dieser Familien wurde zur Friedrich-Ebert-Straße 1 umgezogen, da die anderen zur Verfügung stehenden räumlichen Ressourcen weniger geeignet sind, den Anforderungen an die Sicherheit der Mitarbeitenden vor Ort gerecht zu werden.

Als Reaktion auf die schwierigen Verhaltensweisen wurde ein privater Sicherheitsdienst mit intensiver Besetzung an 24 Stunden und sieben Tagen in der Woche eingesetzt. Die Hausordnung wird restriktiv durchgesetzt in Verbindung mit Hausverboten, Bußgeldern und Strafanzeigen. Ein- und Ausgänge werden kontrolliert. Es finden regelmäßige, unangekündigte Kontrollen der Wohnräume statt.

Die betreffenden Personen zeigen sich dabei sehr häufig verbal aggressiv, Beleidigungen und Bedrohungen werden bei annähernd allen Kontrollen ausgesprochen. Ständig wird versucht, ausgesprochene Hausverbote gegen einzelne Familienmitglieder zu missachten. Mehrfach wurde wegen der Aggressivität der Personen auf die Unterstützung von Polizei und Ordnungsamt zurückgegriffen. Allein im Jahr 2019 kam es bisher zu 10 Gewaltmeldungen in diesem Bereich.

Seit Jahren hat die Verwaltung Erfahrungen mit langzeitgeduldeten Großfamilien gesammelt. Eine grundsätzliche Gefährdung geht von dieser Gruppe Zugewanderter nicht aus. Bei einzelnen Familien stößt die Verwaltung aber an Ihre Grenzen. Erste Fortschritte einer intensiveren Begleitung der Familien sind durch das Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ zu verzeichnen. Dennoch sind die aktuellen qualitativen wie quantitativen Entwicklungen Anlass dafür, die eingesetzten Ressourcen der Verwaltung kritisch zu prüfen.

So gehen wir derzeit davon aus, dass überplanmäßige Stellenbesetzungen und erhöhte Personalschlüssel in den Einrichtungen erforderlich sind, um die besonders kritischen Unterbringungen angemessen begleiten zu können. Wegen der aktuell besonders zahlreichen Zugänge wird auch zu prüfen sein, ob weitere Raumressourcen gewonnen werden müssen, um die Menschen unterbringen zu können. Die Kooperation mit den Ordnungsbehörden, vor allem aber den freien Trägern in diesem Handlungsfeld - so beispielsweise mit der Europa.Brücke.Münster - soll intensiviert werden. Ziel ist es, überwiegend in Form von Fallkonferenzen mit allen Beteiligten zu passgenauen Unterstützungsmaßnahmen für diese wohnungslosen Familien zu kommen. Immer wird dazu auch eine angemessene Rückkehrberatung gehören.

Die Verwaltung wird über die weiteren Entwicklungen berichten und den interfraktionellen Arbeitskreis in die Erarbeitung angemessener Maßnahmen in diesem Bereich einbinden.

Abschließend noch eine Anmerkung:

Nicht berücksichtigt ist hier der Landfahrerplatz, der am 02.05.2019 eröffnet wurde. Aktuell halten sich dort 26 Personen auf.